

19. Wahlperiode

## **Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Alexander J. Herrmann (CDU)**

vom 09. Juni 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Juni 2022)

zum Thema:

**Abordnungen im richterlichen Bereich im Land Berlin in den Jahren 2019, 2020 und 2021**

und **Antwort** vom 27. Juni 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Juni 2022)

Herrn Abgeordneten Alexander J. Herrmann (CDU)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/12137

vom 9. Juni 2022

über Abordnungen im richterlichen Bereich im Land Berlin in den Jahren 2019, 2020 und 2021

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Angehörige des richterlichen Personals des Landes Berlin waren in den Jahren 2019, 2020 und 2021 wie lange von Berliner Gerichten an andere Gerichte/Behörden/Institutionen oder sonstige Einrichtungen des Landes Berlin, anderer Bundesländer oder des Bundes zur Erfüllung welcher Aufgaben abgeordnet (bitte gesondert nach Jahren und Dauer und die Aufgabenbereiche darstellen mit welchen die Abgeordneten vor und nach der Abordnung betraut waren)?

Zu 1.:

In den Jahren 2019, 2020 und 2021 waren Angehörige des richterlichen Personals des Landes Berlin von Berliner Gerichten in dem nachfolgend dargestellten Umfang an andere Behörden, Institutionen oder sonstige Einrichtungen des Landes Berlin, anderer Bundesländer oder des Bundes sowie an Gerichte außerhalb des Landes Berlin abgeordnet.

Abordnung an / Jahr (jeweils mit Stand 31.12.)	2019	2020	2021
Senatsverwaltung f. Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung	28	26	30
Bundesgerichtshof	2	1	2
Bundesjustizministerium	5	6	2
Bundesministerium der Finanzen	0	1	3
Bundesverfassungsgericht	2	2	2
Bundespräsidialamt	1	1	1

Deutscher Bundestag	1	0	0
Bundesrat	0	2	1
Verfassungsgerichtshof Berlin	3	3	3
Senatsverwaltung für Kultur und Europa	1	1	1
Justizministerien anderer Bundesländer	6	3	6
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales	2	0	0
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport	0	1	0
Bundesverwaltungsgericht	1	0	0
Bundessozialgericht	0	1	0
Bundesnachrichtendienst	0	1	0
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	0	0	1
Stiftung Preußische Kulturgüter	1	0	0
Gesamt	53	49	53

Zudem gab es im Bereich des richterlichen Personals in dem abgefragten Zeitraum Abordnungen der Berliner Gerichte untereinander (jeweils mit Stand 01.04.):

2019: 64 Abordnungen

2020: 58 Abordnungen

2021: 63 Abordnungen

Eine statistische Erfassung der jeweiligen Abordnungsdauer erfolgt nicht. Sie kann unterjährig beginnen, enden und/oder überjährig andauern. Die oben dargestellten Zahlen lassen einen Rückschluss auf Beginn und Ende der jeweiligen Abordnung daher nicht zu. Soweit Daten hierzu für den Stichtag 31.12.2021 feststellbar waren, sind sie unter 2. aufgeführt.

Die Zuständigkeitszuweisungen für Richterinnen und Richter vor und nach ihrer Abordnung erfolgen durch die Präsidien der Gerichte im Rahmen der gerichtlichen Selbstverwaltung. Diese Zuständigkeitszuweisungen sind in den jeweiligen Geschäftsverteilungsplänen der Gerichte niedergelegt, die unterjährig im Bedarfsfalle aktualisiert werden. Erhebungen dazu finden durch die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung nicht statt.

Hinsichtlich der Aufgabenzuschreibungen während der Abordnungen kann Folgendes mitgeteilt werden:

In der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung wurden Richterinnen und Richter im Wege der Abordnung in den Jahren 2019 bis 2021 in allen Abteilungen des Hauses eingesetzt, vornehmlich in den juristischen Fachabteilungen II (Zivilrecht, Öffentliches Recht) und III (Justizvollzug, Gnadenwesen, Strafrecht, Strafverfahrensrecht, Strafvollstreckung), in der Abteilung IV (Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt der Länder Berlin

und Brandenburg, Juristische Prüfungen, Aus- und Fortbildung in der Rechtspflege), sowie in der Abteilung I (Personal, Haushalt, Organisation der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden), im Einzelfall auch in den Abteilungen V (ehemals Verbraucherschutz) und VI (Antidiskriminierung).

In der Abteilung I waren abgeordnete Richterinnen und Richter während des abgefragten Zeitraums in folgenden Aufgabenbereichen tätig:

- Leitung der Gruppe „Personalservice und Personalangelegenheiten der Richterinnen und Richter, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie der Einstellungen der Richterinnen und Richter auf Probe“, Personalangelegenheiten der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Einstellung der Richterinnen und Richter auf Probe, Angelegenheiten der Richterwahlausschüsse des Bundes und Berlins sowie des Gemeinsamen Richterwahlausschusses der Länder Berlin und Brandenburg, Strategisches Personalmanagement für die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden (höherer Dienst), Aufgaben der für Justiz zuständigen Senatsverwaltung in Angelegenheiten der Gerichte für Arbeitssachen, Vertretung der Referatsleitung (Stellenzeichen: I A 1),
- Strategien der Nachwuchsgewinnung für den höheren Justizdienst, Strategische Frauenförderung im höheren Justizdienst, grundsätzliche und vorbehaltene Angelegenheiten der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, der Notarinnen und Notare, der Steuerberaterinnen und -berater sowie der Steuerbevollmächtigten, Angelegenheiten der Staatsaufsicht gem. § 62 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO), § 66 Bundesnotarordnung (BnotO), § 14 Gesetz über die Rechtsanwaltsversorgung in Berlin (RAVG Bln), Rechtsberatungswesen, Prozessvertretung in Rechtssachen des Tarifrechts, Angelegenheiten des Justizpressewesens (I A 2),
- Prozessvertretung in Rechtssachen bei Personalangelegenheiten (Richterinnen und Richter sowie Beamtinnen und Beamte), Koordinierung der Angelegenheiten der obersten Dienstbehörde als Widerspruchsbehörde im Übrigen, Grundsatzangelegenheiten des Beamten- und Richterrechts (einschl. Besoldungs- und Versorgungsrecht) mit und ohne Einzelfallbezug, Grundsatzfragen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG), Grundsatzangelegenheiten des Personalvertretungsrechts, Mitwirkung an Gesetzen und Rechtsverordnungen sowie sonstigen Angelegenheiten, an denen die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung beteiligt wird, aus dem Bereich anderer Senatsmitglieder auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts (außer Hochschule für Wirtschaft und Recht), Angelegenheiten des Berliner Richtergesetzes, Disziplinarangelegenheiten einschließlich diesbezüglicher Prozessvertretungen, Angelegenheiten der obersten Dienstbehörde als Widerspruchsbehörde in Angelegenheiten der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte sowie Referendarinnen und Referendare, soweit nicht die Zuständigkeit der Abteilung IV betroffen ist (I A 3),

- Einstellung der Richterinnen und Richter auf Probe, Personalangelegenheiten der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte nach Zuweisung im Einzelfall, Strategisches Personalmanagement für die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden (höherer Dienst), Grundsatzangelegenheiten der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter, Mitarbeit bei Grundsatzangelegenheiten des Dienstrechts und des Berliner Richtergesetzes, Beurteilungswesen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (I A 7),
- Strategische Ausbildungsplanung und Nachwuchsgewinnung in Zeiten des demografischen Wandels und der zunehmenden Digitalisierung für die nichtrichterlichen und nichtstaatsanwaltlichen Dienste (einschließlich Angelegenheiten der Öffentlichkeitsarbeit der Justiz (ohne Justizvollzug) als Arbeitgeber), Fachaufsicht in Ausbildungsangelegenheiten der nichtrichterlichen und nichtstaatsanwaltlichen Dienste (soweit nicht Abteilung IV zuständig), Einstellung der Richterinnen und Richter auf Probe, Personalangelegenheiten der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte nach Zuweisung im Einzelfall, Dienstaufsicht in Einzelsachen nach Zuweisung, soweit die Zuständigkeit des Referats I A betroffen ist, Koordinierung der Eingaben und Beschwerden in Angelegenheiten der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden (ohne Fachaufsicht über Staatsanwältinnen und Staatsanwälte) sowie der Beschwerden zum Landesantidiskriminierungsgesetz, Koordination Unabhängige Beratungsstelle (LADG = Landesantidiskriminierungsgesetz) (I A 12),
- Grundsatzangelegenheiten der Organisation der Strafverfolgungsbehörden und der Strafgerichte, Grundsatzfragen der Zusammenarbeit zw. Strafverfolgungsbehörden und Polizei, Sachbeschwerden und Eingaben, soweit die Organisation der Strafverfolgungsbehörden betroffen ist, Grundsatzangelegenheiten der alternativen Streitbeilegung, insb. der Verbraucherschlichtung, Mediation und des Schiedsamtswesens, Einzelangelegenheiten des Gerichtsverfassungsgesetzes (I B 1) und
- Grundsatzangelegenheiten der Personalbedarfsberechnung für Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, Grundsatzangelegenheiten der Organisation der Zivilgerichte, Grundsatzangelegenheiten der Geschäftsstellenstatistiken der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, Einzelangelegenheiten des Gerichtsverfassungsgesetzes, Vertretung bei Ansprüchen auf Entschädigung für unangemessene Verfahrensdauer gegen das Land Berlin nach §§ 198 ff. Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), § 173 S. 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), § 202 S. 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG) (I B 3).

In der Abteilung II waren abgeordnete Richterinnen und Richter während des abgefragten Zeitraums in folgenden Aufgabenbereichen tätig:

- Normprüfung sowie Mitwirkung an sonstigen Angelegenheiten, an denen die Justizverwaltung beteiligt wird, aus dem Bereich a) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen

und Wohnen b) der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz, Vielfalt sowie Sonderaufgaben nach Zuweisung durch die Referatsleitung (II A 1),

- Angelegenheiten des Verfahrensrechts der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit, Angelegenheiten des Völkerrechts, der internationalen Verträge einschließlich der Grundnormen des europäischen Zusammenschlusses, Angelegenheiten der Individualbeschwerden vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Rahmen der Zuständigkeit des Referats, Normprüfung sowie Mitwirkung an sonstigen Angelegenheiten, an denen die Justizverwaltung beteiligt wird, aus dem Bereich a) der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Pflege, Gesundheit und Gleichstellung b) der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Normprüfung bei Entwürfen sowie Mitwirkung an sonstigen Angelegenheiten aus anderen Abteilungen (außer I bis IV), Angelegenheiten des Ausländerrechts sowie des Asylrechts im Rahmen der Zuständigkeit des Referats (II A 3),
- Leitung des Referats II B, Kontaktstelle des EJN in Zivil- und Handelssachen, EU-Beauftragte der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung; Länderansprechpartnerin für Ländervertreterinnen und Ländervertreter in EU-Gremien, Leitung des Arbeitskreises EU-Informationen; Herausgabe von „Just Europe“, Angelegenheiten auf dem Gebiet des Rückerstattungsrechts, Arbeitsschutzaufgaben (z. B. Durchführung von Unterweisungen, Erstellung und Fortschreibung von Gefährdungsbeurteilungen, im Einzelfall Anregung arbeitsmedizinischer Beratungen, Meldungen von Sicherheitsmängeln, Überwachung des Einsatzes sicherer Arbeitsmittel) (II B),
- Familienrecht (einschließlich der Berichterstattung im Rechtsausschuss des Bundesrates), Erbrecht sowie Internationales Privatrecht einschließlich EU-Rechtsetzung (mit Ausnahme des Betreuungsrechts), Angelegenheiten auf dem Gebiet des Verfahrensrechts in Familiensachen und der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich EU-Rechtsetzung (mit Ausnahme des Betreuungsrechts), Gesetzgebungs- und Grundsatzangelegenheiten auf dem Gebiet der Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen und der Legalisation, Prozessführung in zivilrechtlichen Ansprüchen gegen das Land Berlin (durch die Zahl 3 teilbare Geschäftsnummern, soweit nicht II B 3), Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen (Endziffer 7) (II B 1),
- Angelegenheiten auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts (soweit nicht II B 1 und II B 3) einschließlich des Wohnungseigentumsrechts, Angelegenheiten auf den Gebieten des Handels-, Wirtschafts- und Urheberrechts sowie des gewerblichen Rechtsschutzes, Angelegenheiten der EU-Rechtsetzung auf den Gebieten des Verfahrensrechts der Zivilgerichtsbarkeit, des bürgerlichen Rechts (soweit nicht II B 1) und des Handels-, Wirtschafts-, Insolvenz- und Urheberrechts sowie des gewerblichen Rechtsschutzes, Prozessführung bei zivilrechtlichen Ansprüchen gegen das Land Berlin (gerade Endziffern, soweit nicht II B 1 und II B 3), Grundsatzangelegenheiten auf dem Gebiet des Insolvenzrechts, Grundsatzangelegenheiten auf dem Gebiet der Mitteilungen in Zivilsachen, Vertretung der Referatsleitung (II B 2),

- Angelegenheiten auf dem Gebiet des Verfahrensrechts der Zivilgerichtsbarkeit einschließlich der Regelungen im GVG (soweit nicht II B 1), des Sachenrechts und des Zwangsvollstreckungsrechts, Gesetzgebungsangelegenheiten auf dem Gebiet des Staatshaftungsrechts, Grundsatzangelegenheiten auf dem Gebiet der zivilrechtlichen Ansprüche für den Justizfiskus sowie Bearbeitung von zivilrechtlichen Ansprüchen für den Justizfiskus (außergerichtlich und gerichtlich) ab einem Wert von 5.000 € sowie Bearbeitung von zivilrechtlichen Ansprüchen (außergerichtlich) gegen den Justizfiskus; jeweils mit Ausnahme arbeitsrechtlicher Personalangelegenheiten, Prozessführung bei zivilrechtlichen Ansprüchen gegen das Land Berlin (ungerade Endziffern, soweit nicht II B 1; alle Endziffern in Verfahren wegen vermeintlich menschenrechtswidriger Haftbedingungen sowie vermeintlich konventionswidriger Sicherungsverwahrung), Grundsatzangelegenheiten auf den Gebieten des Kostenrechts und des Gebührenrechts der Rechtsanwälte, Angelegenheiten des Zivil- und Zivilprozessrechts im Rahmen der Digitalisierung der Justiz, Einzelangelegenheiten auf dem Gebiet der Entschädigungen für Strafverfolgungsmaßnahmen (Endziffern 0, 9) (II B 3),
- Mitarbeit in europarechtlichen Angelegenheiten der Referatsleitung, Gesetzgebungs- und Grundsatz- und Einzelangelegenheiten (Endziffern 3, 4, 5, 6, 7, 8) auf dem Gebiet der Entschädigungen für Strafverfolgungsmaßnahmen, Bearbeitung von zivilrechtlichen Ansprüchen für den Justizfiskus, soweit nicht II B 3 (Endziffern 1, 3, 5, 6, 7, 9, 0) einschließlich Prozessführung, Vollstreckung aus Kostenfestsetzungsbeschlüssen, die in Amtshaftungsprozessen wegen angeblich menschenrechtswidriger Haftbedingungen ergangen sind (Endziffern 0, 8 und 9), Gesetzgebungs- und Grundsatzangelegenheiten auf dem Gebiet der Entschädigungen für Strafverfolgungsmaßnahmen, Angelegenheiten auf dem Gebiet des Betreuungsrechts einschließlich Verfahrensrecht (II B 5),
- Fachliche Leitung des Programms zur Einführung von elektronischem Rechtsverkehr und elektronischer Akte bei den Berliner Gerichten, Grundsatzangelegenheiten eJustice, Mitwirkung bei Rechtsangelegenheiten, die IT Angelegenheiten unmittelbar betreffen (II IT 11) und
- Vertretung der Referatsleitung, Leitung der Digitalisierungs-Managerinnen, Grundsatzangelegenheiten der strategischen IT-Betriebsplanung des Ressorts, IT-Fachaufsicht über die ordentliche Gerichtsbarkeit, insbesondere auch die IKT-Basisdienste, Projektleitung eAkte SenJustVA (Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung), Vertretung Berlins im Entwicklungsverbund forumSTAR, forumSTAR-Text, eKP und eIP, IT-Fachaufsicht bei der Transition zum dedizierten Justiz-Rechenzentrum, Unterstützung beim Projekt Consultant am Kammergericht, Einzelangelegenheiten des IT-Managements (II IT 1).

In der Abteilung III waren abgeordnete Richterinnen und Richter während des abgefragten Zeitraums in folgenden Aufgabenbereichen tätig:

- Strafvollzugsgesetz, Jugendstrafvollzugsgesetz, Untersuchungshaftvollzugsgesetz, weitere gesetzliche Regelungen im Bereich des Justizvollzuges, Datenschutz und Informationsfreiheit, Bearbeitung von schwierigen Rechtsfragen nach Einzelzuweisung, Eingaben und Beschwerden der Gefangenen (Justizvollzugsanstalt Plötzensee, Jugendstrafanstalt Berlin, Jugendarrestanstalt Berlin, Justizvollzugsanstalt für Frauen) (III A 6),
- Menschenhandel, Frauenspezifische Fragen des Strafrechts und strafrechtliche Angelegenheiten häuslicher Gewalt sowie Sexualstrafrecht, Verbreitung pornografischer Schriften und Straftaten zum Nachteil von LSBTI (Lesben, Schwule, bisexuelle, transgender und intergeschlechtliche Menschen), Koordinierung der Mitarbeit der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung in der Landeskommision Berlin gegen Gewalt (in Zusammenarbeit mit III C 14), Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten, insbesondere Täter-Opfer-Ausgleich, Angelegenheiten, die im Zusammenhang stehen mit der inhaltlichen Steuerung der Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, nach Zuweisung sowie Sachbeschwerden und Eingaben auf dem Gebiet des Straf- und Strafverfahrensrechts (3133) Endziffer 7 und 8 (III C 2),
- Grundsatzangelegenheiten der internationalen Rechtshilfe, Angelegenheiten auf dem Gebiet der europäischen und internationalen Entwicklung des Straf- und Strafverfahrensrechts sowie Angelegenheiten der „AG Europa“, Strafrechtliche Angelegenheiten der Europäischen Staatsanwaltschaft EPPO (European Public Prosecutor's Office), Jugendstrafrecht und Jugendschutz, Reformvorhaben „Childhood-House“ sowie Koordination des „Projektes Rechtskundepaket“, Angelegenheiten, die im Zusammenhang stehen mit der inhaltlichen Steuerung der Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, nach Zuweisung sowie Sachbeschwerden und Eingaben auf dem Gebiet des Straf- und Strafverfahrensrechts (3133) Endziffer 0 und 1 (III C 5) und
- "Landeskommision Berlin gegen Gewalt" (angesiedelt bei SenInnDS), Koordinierung der Mitarbeit der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung in der Landeskommision Berlin gegen Gewalt (in Zusammenarbeit mit III C 2), Mitarbeit in der Geschäftsstelle der Landeskommision gegen Gewalt (III C 14).

In der Abteilung IV waren abgeordnete Berliner Richterinnen und Richter während des abgefragten Zeitraums in folgenden Aufgabenbereichen tätig:



- Vizepräsidentin des Gemeinsamen Justizprüfungsamtes Berlin-Brandenburg (GJPA) mit unmittelbarer Leitungsverantwortung in den Bereichen Grundsatzfragen der Organisation und der Geschäftsabläufe des GJPA, IT-Anwendungen im GJPA, Qualitätssicherung (Abläufe in Widerspruchs- und Klageverfahren/Fortbildung der Prüferinnen und Prüfer), Prüfungsrechtliche Grundsatzfragen, Rechtsetzungsverfahren, Haushalt/Statistik/KLAR, Angelegenheiten der Deutschen Richterakademie/EJTN/ Ausländische Delegationen einschließlich Berlin-Peking, Fachaufsicht über die Justizakademie Königs Wusterhausen, Aus- und Fortbildung in den übrigen Justizberufen/ Fachaufsicht über den Fachbereich IV der HWR (Rechtspflegestudium), Europarecht in der Aus- und Fortbildung, Arbeitsschutzaufgaben im GJPA (Durchführung von Unterweisungen, Gefährdungsbeurteilungen im Einzelfall, Veranlassung arbeitsmedizinischer Untersuchungen, Meldung von Sicherheitsmängeln, etc.), Angelegenheiten der Ausbildung der Juristen, insbesondere Grundsatzfragen der Juristenausbildung und Gesetzgebung der Juristenausbildung, Grundsatzfragen der Eignungsprüfung nach dem Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG) und der Gleichwertigkeitsprüfung nach § 112a Deutsches Richtergesetz (DRiG), Anleitung der Tätigkeit des mittleren und gehobenen Dienstes insoweit, und Anerkennung von nichtdeutschen Examensabschlüssen; Angelegenheiten der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung; Inhaltliche Vorbereitung der zweiten juristischen Staatsprüfung/berufspraktischer Teil: Internationales Privatrecht; Fachliche Stellungnahmen auch in Klageverfahren; Prozessvertretung vor dem Oberverwaltungsgericht und den Verwaltungsgerichten (GJPA AF),
  
- Koordination der Zusammenarbeit des GJPA mit den juristischen Fakultäten der Länder Berlin und Brandenburg; Svarez-Preis, Anwendung und Auslegung des Juristenausbildungsgesetzes (JAG) und der Juristenausbildungsordnung (JAO) allgemein sowie im Bereich der staatlichen Pflichtfachprüfung und des juristischen Studiums; Anleitung der Tätigkeit des gehobenen und mittleren Dienstes insoweit und allgemeine Fragen der staatlichen Pflichtfachprüfung auch in Abstimmung mit anderen Bundesländern (ohne Klausuraustausch), Inhaltliche Vorbereitung der staatlichen Pflichtfachprüfung im Europarecht (Viadrina und Humboldt Universität); Zivilrecht (Z I), Vorträge staatliche Pflichtfachprüfung: Zivilrecht ½, inhaltliche Vorbereitung der schriftlichen zweiten juristischen Staatsprüfung: Zivilrecht (Z 1), (Z 7) zu ½; berufspraktischer Teil: Zivilrecht staatliche Sicht/anwaltliche Sicht zu 1/3, Wirtschaftsrecht, Europarecht, inhaltliche Vorbereitung der Eignungsprüfung: Pflichtfach Zivilrecht, Wahlfach Handelsrecht, Widerspruchsverfahren, einschließlich fachlicher Stellungnahmen auch in Klageverfahren zu Ziffern 3 - 6 sowie zum zivilrechtlichen Abschnitt von Prüfungsgesprächen, Prüfungen in der staatlichen Pflichtfachprüfung und der zweiten juristischen Staatsprüfung (GJPA A 1),

- Inhaltliche Vorbereitung des schriftlichen Teils der staatlichen Pflichtfachprüfung: (Strafrecht (S I), Vorträge staatliche Pflichtfachprüfung: Strafrecht (1/3), inhaltliche Vorbereitung der schriftlichen zweiten juristischen Staatsprüfung: Strafrecht anwaltlich (S 1/S 2), Strafrecht staatlich/anwaltlich (S 7), Kooperation mit der Rechtsanwaltskammer insoweit, inhaltliche Vorbereitung der zweiten juristischen Staatsprüfung/berufspraktischer Teil: Strafrecht staatliche und anwaltliche Sicht zu 1/3; SteuR, inhaltliche Vorbereitung der Eignungsprüfung: Wahlfach Strafrecht, allgemeine Fragen der Referendarausbildung Strafrecht unter Einbeziehung der Fragen des ELAN-REF (praxisorientiertes, modernes Lernprogramm für Referendarinnen und Referendare im juristischen Vorbereitungsdienst der Länder Berlin und Brandenburg), Widerspruchsverfahren; einschließlich fachlicher Stellungnahmen auch in Klageverfahren zu Ziffern 1 - 5 sowie zum strafrechtlichen Abschnitt von Prüfungsgesprächen, Verwaltungsstreitverfahren Endziffern 1, 3, 5, Prozessvertretung vor dem Oberverwaltungsgericht und den Verwaltungsgerichten, Prüfungen in der staatlichen Pflichtfachprüfung und zweiten juristischen Staatsprüfung, Organisation von Hilfsmittelkontrollen sowie ordnungswidriges Verhalten und Täuschungshandeln (GJPA A 3),
  
- Prüfungsrechtliche und öffentlich-rechtliche Grundsatzfragen, Verfahrensrügen, Grundsatzfragen zu Hilfsmitteln und Anleitung des gehobenen Dienstes insoweit, Koordination Klausuren- und Vortragsgewinnung sowie Anleitung und Unterstützung externer Aufgabensteller (Öffentliches Recht), Rechtliche Fragen des Nachteilsausgleichs, des Rücktritts und der Entschuldigung im Prüfungsverfahren und Anleitung des ehemaligen gehobenen Dienstes insoweit, allgemeine Fragen der Referendarausbildung Öffentliches Recht unter Einbeziehung der Fragen des ELAN-REF, inhaltliche Vorbereitung der staatlichen Pflichtfachprüfung: ÖR I, Vorträge staatliche Pflichtfachprüfung: Öffentliches Recht (½), inhaltliche Vorbereitung der schriftlichen zweiten Staatsprüfung: Öffentliches Recht (ÖR 1), berufspraktischer Teil: Öffentliches Recht staatliche und anwaltliche Sicht (½), Eignungsprüfung: Wahlfach Öffentliches Recht, fachliche Stellungnahmen auch in Klageverfahren zu Ziffern 6-8 sowie zum öffentlich-rechtlichen Abschnitt von Prüfungsgesprächen, Verwaltungsstreitverfahren Endziffern 2, 4, 6, Prozessvertretung vor dem Oberverwaltungsgericht und vor den Verwaltungsgerichten, Prüfungen in der staatlichen Pflichtfachprüfung und zweiten juristischen Staatsprüfung (GJPA A 4)
  
- Angelegenheiten des Austausches von Klausuren und von Vorträgen mit anderen Ländern und Anleitung des ehemaligen gehobenen Dienstes insoweit (einschl. der Freigabe von Klausuren und Vorträgen an Ausbildungsstellen), Koordination Klausuren- und Vortragsgewinnung sowie Anleitung und Unterstützung externer Aufgabensteller (Strafrecht), inhaltliche Vorbereitung des schriftlichen Teils der staatlichen Pflichtfachprüfung: Strafrecht S II, Vorträge Strafrecht 1/3, inhaltliche Vorbereitung des schriftlichen Teils der zweiten juristischen Staatsprüfung: Strafrecht staatlich S1/S2; berufspraktischer Teil: Strafrecht staatliche und anwaltliche Sicht zu 1/3, Widerspruchsverfahren einschließlich fachliche Stellungnahmen auch in Klageverfahren zu den Ziffern 3-4, Prüfungen in der staatlichen Pflichtfachprüfung und zweiten juristischen Staatsprüfung (GJPA A 5),

- Allgemeine öffentlich-rechtliche Fragen der Abteilung, Datenschutz, dritter Versuch in der zweiten juristischen Staatsprüfung, Rechtsetzungsverfahren Juristenausbildung (JAG, JAO), Einführung der elektronischen Klausur, Verwaltungsstreitverfahren Endziffern 0, 7, 8 und 9, Prozessvertretung vor dem Oberverwaltungsgericht und vor den Verwaltungsgerichten, inhaltliche Vorbereitung staatliche Pflichtfachprüfung: ÖR II, Vorträge staatliche Pflichtfachprüfung: Öffentliches Recht zu  $\frac{1}{2}$ , inhaltliche Vorbereitung der schriftlichen zweiten juristischen Staatsprüfung: Öffentliches Recht ÖR 2, ÖR 7; berufspraktischer Teil: Öffentliches Recht staatliche und anwaltliche Sicht zu  $\frac{1}{3}$ , SozR, Widerspruchsverfahren, einschließlich fachlicher Stellungnahmen auch in Klageverfahren zu den Ziffern 6-7, Prüfungen in der staatlichen Pflichtfachprüfung und der zweiten juristischen Staatsprüfung (GJPA A 6) und
- Vertretung in der Programmkonferenz und sonstige Angelegenheiten der Deutschen Richterakademie und des Nordverbundes und anderer überregionaler Fortbildungsträger, Angelegenheiten des European Judicial Training Network (EJTN) und der Europäischen Rechtsakademie, Angelegenheiten der Justizakademie des Landes Brandenburg, der justizeigenen Fortbildung Berlin/Brandenburg im höheren Dienst einschließlich der Konzeption des Jahresprogramms, Konzeption von Fortbildungsveranstaltungen für den höheren Dienst im Zivilrecht einschließlich der europarechtlichen Bezüge und der IPR-Bezüge, Austausch Berlin – Peking/ Hospitationen (GIZ, Städtepartnerschaft); Betreuung ausländischer Delegationen, Grundsatzfragen der Eignungsprüfung nach dem EuRAG und der Gleichwertigkeitsprüfung nach § 112a DRiG, Anleitung der Tätigkeit des ehemaligen mittleren und gehobenen Dienstes insoweit, und Anerkennung von nichtdeutschen Examsabschlüssen, inhaltliche Vorbereitung der zweiten juristischen Staatsprüfung / berufspraktischer Teil: Zivilrecht anwaltlich/ staatliche Sicht zu  $\frac{1}{3}$ , Widerspruchsverfahren einschließlich fachlicher Stellungnahmen auch im Klageverfahren (GJPA AF 3).

In der Abteilung V (vormals Verbraucherschutz) war eine abgeordnete Richterin im Jahr 2021 in folgendem Aufgabenbereich tätig:

- Bearbeitung juristischer Grundsatzangelegenheiten und Sachverhalte in den Sachgebieten Tierschutz, insbesondere im Rahmen der Einführung und Umsetzung des Berliner Tierschutzverbandsklagegesetzes, Tierarzneimittelrecht und Tiergesundheitsrecht (V A Ri).

In der Abteilung VI waren abgeordnete Richterinnen und Richter während des abgefragten Zeitraums in folgendem Aufgabenbereich tätig:

- Antidiskriminierungsrechtliche Grundsatzfragen und Rahmendienstvereinbarungen, Gutachten, Stellungnahmen, Mitzeichnungen, Voten und Vermerke zu Fragestellungen antidiskriminierungs- und auch öffentlich-rechtlicher Natur, Vorbereitung und spätere Umset-

zungsbegleitung von antidiskriminierungsrechtlichen Gesetzesentwürfen und Bundesratsinitiativen, insbesondere auf EU- und internationaler Ebene, diesbezügliche Vorlagen für Senat und Parlament (VI A 2).

Die konkreten Aufgabenbereiche während der Zeit der Abordnung an andere Gerichte, Behörden oder Institutionen werden durch die Senatsverwaltung nicht statistisch erfasst.

2. Ergänzend zu Frage 1.) wird die Angabe der regulären Dienststelle, des im Rahmen der Abordnung zu bearbeitenden Aufgabengebiets und der Dauer der Abordnung der dort genannten abgeordneten Richter erbeten (bitte jeweils gesondert nach Dienststelle, Aufgabengebiet und Dauer der Abordnung darstellen).

Zu 2.: Hierzu werden keine statistischen Daten erhoben, weshalb eine Beantwortung der Frage nicht in Gänze erfolgen kann. Es wurde dennoch versucht, diese mithilfe händischer Auswertung von Einzelvorgängen so umfassend wie möglich zu beantworten.

Hinsichtlich der Abordnungen an die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung konnten zum Stichtag 31.12.2021 die erbetenen Daten wie folgt ermittelt werden, wobei diese mit Blick auf den dargestellten Abordnungsbeginn teilweise auch Abordnungen zu den Stichtagen 31.12.2019 und 31.12.2020 umfassen:

Reguläre Dienststelle	Aufgabengebiet SenJustVA (Stellenzeichen, dazugehörige Aufgabenbeschreibung siehe Antwort zu 1.)	Abordnungsbeginn
Kammergericht (KG)	I A 1	12.08.2021
Verwaltungsgericht (VG)	I A 3	15.09.2021
Landgericht (LG)	I A 7	15.09.2021
Sozialgericht (SG)	I A 12	26.07.2021
LG	I B 1	01.09.2021
LG	I B 3	01.06.2021
SG	II A 1	01.09.2018
VG	II A 3	01.11.2021
LG	II B	01.06.2021
Amtsgericht (AG) Pankow	II B 1 (vormals II B 3)	01.05.2020
LG	II B 2	01.11.2020
KG (Proberichterin/-richter)	II B 3	15.09.2021
KG (Proberichterin/-richter)	II B 5	08.07.2021
VG (2 Richterinnen/Richter in Teilzeit)	II A 6	07.10.2019 und 01.01.2020
AG Tiergarten	III C 2	01.01.2020
AG Tiergarten	III C 5	01.12.2020

AG Kreuzberg	III C 14	01.07.2020
AG Tiergarten	GJPA AF	01.03.2019
AG Mitte	GJPA A 1	01.10.2021
AG Tiergarten	GJPA A 3	01.10.2020
VG	GJPA A 4	01.09.2019
AG Tiergarten	GJPA A 5	01.10.2020
VG	GJPA A 6	15.09.2021
LG	GJPA AF 3	01.10.2021
VG	V A Ri	07.10.2021
KG (Proberichter/-richterin)	VI A 2	01.04.2021
KG	II IT 1 (vormals I D 1)	01.08.2021
LG	II IT 11	05.07.2018
LG	Persönlicher Referent StS'in Justiz	01.01.2021

Hinsichtlich der Abordnungen an Bundesgerichte, weitere Behörden und Institutionen konnten zum Stichtag 31.12.2021 die folgenden Daten ermittelt werden:

Reguläre Dienststelle	Abordnung an	Beginn der Abordnung
LG, AG Mitte	Bundesgerichtshof	15.03.2020, 01.02.2021
VG, AG Pankow	Bundesjustizministerium	14.10.2019, 01.09.2019
AG Tiergarten, SG	Bundesverfassungsgericht	01.05.2020, 01.10.2020
VG	Bundespräsidialamt	01.03.2021
AG Tiergarten	Bundesrat	
VG	Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	30.08.2021
VG, LG, SG	Verfassungsgerichtshof Berlin	01.01.2021, 01.04.2021, 01.06.2019
LG	Senatsverwaltung für Kultur und Europa	01.04.2020

Hinsichtlich der Abordnungen im Jahr 2020 konnten zum Stichtag 31.12.2020 die entscheidenden Gerichte und dazugehörig die Abordnungsstellen wie folgt ermittelt werden. Eine genauere Darstellung ist nicht möglich, da die Daten nicht in statistisch auswertbarer Form vorliegen:

Stand 31.12.2020												
Abordnung an / Gericht	KG	LG	AG Lbg	AG Nk	AG Pw	AG Schb	AG TK	AG Tg	AG Wed	VG	SG	Ge- samt
Senatsverwaltung f. Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung	0	7	1	0	2	0	1	5	1	8	1	26
Bundesgerichtshof	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Bundesjustizministerium	0	0	0	1	1	1	1	0	1	1	0	6
Bundesministerium der Finanzen	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Bundesverfassungsgericht	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	2
Bundespräsidialamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Bundesrat	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	2
Verfassungsgerichtshof Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	2	3
Senatsverwaltung für Kultur und Europa	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
andere Bundesländer	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	3
Senatsverwaltung für Inneres und Sport	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Bundessozialgericht	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Bundesnachrichtendienst	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Gesamt	1	11	1	1	3	2	2	8	2	12	6	49

Lbg = Lichtenberg

Nk = Neukölln

Pw = Pankow

Schb = Schöneberg

TK = Treptow-Köpenick

Tg = Tiergarten

Wed = Wedding

Berlin, den 27. Juni 2022

In Vertretung

Dr. Brückner

Senatsverwaltung für Justiz,  
Vielfalt und Antidiskriminierung